

19.04.2017 KN

Deutsch-Türken: Politiker im Norden fordern Kurswechsel

Kubicki und Günther warnen vor Verlust der Demokratie – Albig zeigt sich besorgt

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL
UND ALEV DOĞAN

KIEL. Nach dem Türkei-Referendum fordern erste Politiker in Schleswig-Holstein Konsequenzen für die deutsche Innenpolitik. Wolfgang Kubicki (FDP) meint, dass die starke Unterstützung von Deutsch-Türken für ein autoritär geführtes Präsidialsystem schwerwiegende Fragen aufwerfe. „Wenn sich fast zwei Drittel der hier lebenden Türken gegen die parlamentarische Demokratie aussprechen, lässt das vermuten, dass sich viele von unserer Demokratie abgewendet haben.“

Auch Daniel Günther (CDU) bezeichnete es als „befremdlich, wenn die in Deutschland lebenden Türken ihren Landsleuten in der Türkei den Weg in eine Diktatur bereiten“. Die weitreichenden Kompetenzverschiebungen mit einer so knappen Mehrheit durchzuführen, könne das Land auf

Dauer spalten. „Bei allen Reaktionen aus der Europäischen Union dürfen wir die starke Minderheit gegen Erdogan nicht ausblenden. Wir dürfen die Türkei nicht in die Arme Russlands treiben.“

„Das Abstimmungsverhalten der Türken in Deutschland ist besorgniserregend.“

Daniel Günther
CDU-Spitzenkandidat

Grünen-Spitzenkandidatin Monika Heinold reagierte persönlich betroffen, „dass so viele Menschen, die hier unsere Demokratie kennengelernt haben, für eine Schwächung der Demokratie in der Türkei“ gestimmt hätten. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit einem Land weitergehen können, das demokratische

Rechte massiv einschränkt und die Einführung der Todesstrafe plant.“

SSW-Chef Lars Harms plädierte zwar dafür, „vernünftige Beziehungen“ zum Bosphorus aufrechtzuerhalten. „Die gesellschaftspolitische Zusammenarbeit dürfte sich allerdings zunächst erledigt haben.“ Pirat Patrick Breyer konstatierte, dass nicht nur in der Türkei autoritäre Rechtspopulisten und Nationalisten auf dem Vormarsch seien. „Umso wichtiger ist es in Deutschland, den Bürgern mehr Mitbestimmungsrechte einzuräumen.“

SPD-Chef Ralf Stegner widersprach: „Die innertürkischen Konflikte wollen wir hier nicht haben, und diese haben mit der innenpolitischen Situation in Deutschland auch nichts zu tun. Das kann man vor allem an der niedrigen Wahlbeteiligung hierzulande erkennen.“ 46 Prozent der 1,5 Millionen wahlberechtigten Deutsch-Türken hatten an der Abstimmung teilgenommen. 63 Pro-



Erdogan-Anhänger jubeln auch in Deutschland. FOTO: DPA

zent stimmten für die Verfassungsänderung. Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) verfolgt die Entwicklung gleichwohl mit großer Sorge. „Der türkische Staatspräsident tut gerade alles, um sein Land immer stärker von Europa zu entfernen.“ Unterdessen hat der Vorsitzende der Deutsch-Türkischen Gemeinde, Cebel Küçükcaraca, davor gewarnt, vorschnell die Integration für gescheitert zu erklären.

» LEITARTIKEL | 2, MEHR | 4, 10